

Österreichisches Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien



Abgeordnete
zum Nationalrat der
Republik Österreich

Abs.: NAbg. MMAg. Dr. Gudrun Kugler

An die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
Minoritenplatz 8,
1010 Wien

Wien, im Juli 2018

Betreff: herrschende Menschenrechtsverstöße in Nicaragua

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

wie Ihnen bekannt ist, sind in Nicaragua seit April heftige Proteste gegen eine Gesetzesvorlage der Regierung zur Änderung des Sozialversicherungssystems im Gange. Die Demonstrationen weiteten sich rasch zu größeren, fortgesetzten Unruhen aus, die heftige Reaktionen seitens der Regierung auslösten. In den resultierenden Ausschreitungen wurden bisher bereits mehr als 250 Menschen getötet und über 800 verletzt. Außerdem kam es zu über 400 politisch motivierten Verhaftungen ohne Haftbefehl und ordnungsgemäßen Verfahren und es liegen Berichte über systematische Anwendung von Folter gegen politische Gegner vor.

Während Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien, um die Proteste zu verschleiern. Journalisten, die sich in irgendeiner Form oppositionell geäußert hatten, wurden eingeschüchtert und festgenommen. Der Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen.

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IAMRK) dokumentierte nach ihrem Besuch in Nicaragua vom 17. bis zum 21. Mai 2018 abgesehen von illegalen und willkürlichen Verhaftungen, auch Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, Zensur und Angriffe auf die Presse sowie andere Einschüchterungsversuche wie Bedrohungen, Schikanen und Verfolgung, die darauf abzielten, die Proteste niederzuschlagen und die Teilnahme der Bürger zu behindern. Der aktuelle Bericht von Amnesty International „*Shoot to kill. Nicaragua's strategy to repress protest*“ belegt schwere Menschenrechtsverstöße. Im Schutz der Bevölkerung und im Aufrechterhalten eines nationalen Dialogs spielt die nicaraguanische Bischofskonferenz wichtige Rolle.

Am 31. Mai 2018 verurteilte das Europäische Parlament das Vorgehen der „Polizei Nicaraguas und der gewalttätigen regierungstreuen Gruppen“ und forderte „die Staatsorgane Nicaraguas auf, alle Gewaltakte gegen die Bevölkerung, die ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausübt, einzustellen [sowie] (...) alle willkürlich Verhafteten freizulassen, (...) unverzüglich eine unabhängige und transparente internationale Untersuchung zu gestatten (...) [und] allen gesellschaftlichen Akteuren – auch oppositionellen Kräften, Journalisten und Menschenrechtsverfechtern (...) ausreichend Handlungsspielraum zu lassen, damit allen Konfliktparteien der Weg zu einer Aussprache über die Lage in Nicaragua geebnet wird.“

Der Aufbau und die Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind feste Bestandteile der außenpolitischen Maßnahmen Österreichs, wie es unter anderem aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Ländern Zentralamerikas von 2012 hervorgeht.

Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua entgegenzuwirken, indem Sie:

1. die Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe sowie gewalttätige regierungstreue Gruppen, die derzeit in Nicaragua stattfinden, verurteilen.
2. die Staatsorgane Nicaraguas auffordern, alle Gewaltakte gegen die Bevölkerung, die ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausübt, einzustellen sowie Repressalien gegen Menschenrechtsaktivisten zu verhindern.
3. die Staatsorgane Nicaraguas auffordern, mit einer unabhängigen und transparenten internationalen Untersuchung zusammen zu arbeiten, um vollständige Aufklärung der Vorfälle zu gewährleisten.
4. die Staatsorgane auffordern, einen nationalen Friedensdialog weiterzuführen sowie wirksame Maßnahmen gegen Korruption zu ergreifen.
5. in Ihrer Macht stehende tun, um auf EU-Ebene und bilateraler Ebene gegen die derzeit stattfindenden, schweren Menschenrechtsverletzungen aktiv zu werden und einen sofortigen Stopp der anhalten Repressionen zu verlangen.
6. auf EU-Ebene Sanktionen gegen die Hauptakteure, von denen die genannten Menschenrechtsverletzungen verübt werden, anregen.

Ich bedanke mich für alles, das Sie für die Menschen in Nicaragua tun können.
Mit freundlichen Grüßen,



Abg. z. NR MMag Dr. Gudrun Kugler, Mts
Bereichssprecherin Menschenrechte
ÖVP-Parlamentsklub